



Gerade erst vom Kieler Rathaus in die Staatskanzlei umgezogen: Ministerpräsident Torsten Albig hat sich in seinem neuen Amtszimmer bisher nicht vollständig einrichten können. An den Wänden hängen noch Bilder aus der Zeit seines Vorgängers Peter Harry Carstensen. Auch auf dem Schreibtisch herrscht kreatives Chaos. Foto Rainer Pregla

Ministerpräsident Torsten Albig will die Wirtschaft in der Region Kiel in Schwung bringen und setzt dabei voll auf die Stadt-Regional-Bahn. Sie sei einer der „wichtigsten Wachstumshebel“, sagte der ehemalige Oberbürgermeister im Interview mit Uta Wilke und Bodo Stade ■

„Am Ende zählt Realität und nicht die Show“

Sie hatten als Wahlziel 40 Prozent ausgegeben. Wo liegt die Ursache für das relativ schlechte Abschneiden der SPD?

Was ich an Stimmung im Wahlkampf wahrgenommen habe, war deutlich mehr als 30,4 Prozent. Wir werden das im Parteirat im August analysieren. Natürlich ist es enttäuschend, dass 5000 Stimmen gefehlt haben, um auch stärkste Fraktion zu werden.

Ihre Persönlichkeitswerte waren aber so hoch, dass das Ergebnis besser hätte sein müssen. War nicht vor allem das Verhalten von Ralf Stegner ein Problem für Ihre Genossen an den Wahlkampfständen?

In dieser Partei steht nicht der Eine für die schönen Dinge und der Andere für die schlechten. Verantwortung ist nicht teilbar. Hätten wir die SPD nach dem Mitgliederentscheid nicht zusammengehalten, wäre es wahrscheinlich zu harten internen Auseinandersetzungen gekommen, die auch meine Persönlichkeitswerte überlagert hätten.

Sie haben die Regierungsbeteiligung des SSW sehr gelobt. Das war doch aber eine Notlösung, weil es für Rot-Grün nicht gereicht hat. Was macht Sie so sicher, dass das Bündnis hält und dauerhaft auf Akzeptanz in der Bevölkerung trifft?

Dem ersten Teil der Frage muss ich widersprechen. Aufgrund meiner Kieler Erfahrung habe ich schon früh deutlich gemacht, dass ein Dreierbündnis mit dem SSW sehr tragfähig ist. Das war und ist für mich keine Notlösung, sondern ein gutes Modell für das Land. Auch rot-grüne Koalitionen neigten in der Vergangenheit dazu, dass sie mit der Zeit dogmatischer wurden. Ich erlebe den SSW als

eine sehr lebensnahe, pragmatische politische Kraft, die uns guttun wird. Ich bin sicher, dass wir die Zweifler überzeugen können und Anke Spoorendonk als Ministerin die Herzen im Sturm erobern wird.

„Ich erlebe den SSW als sehr lebensnah und pragmatisch“

Sie haben gleich zu Beginn der Amtszeit die Wirtschaft gegen sich aufgebracht, weil Sie die A20 nur bis zur A7 bauen wollen.

Wir werden zeigen, dass hier nicht ein Haufen von wirtschaftsfeindlichen Irren auftaucht, der über das Land herfällt und Unternehmer jagt. Keine Frage, Schleswig-Holstein braucht gute Infrastruktur. Unser Koalitionsvertrag ist viel besser als andere – auch rot-grüne –, weil er von Pragmatismus und Nüchternheit geprägt ist. In sieben Jahren sind von unseren CDU-geführten Vorgängerregierungen gerade mal 19,8 Kilometer A20 gebaut worden. Wenn alles gut läuft, schaffen wir jetzt in fünf die 30 Kilometer bis zur A7. Und nach 2017 geht es weiter. Die Planung der weiteren Abschnitte westlich der A7 wird jetzt schon zügig fortgesetzt. Ich beglückwünsche aber die politische Konkurrenz zu dem medialen Erfolg, dass alle Welt glaubt, wir würden das Ding in den Wald bauen. Daraus werden wir lernen, und am Ende zählt Realität und nicht Show.

In der Koalition sind beim Thema A20 eigentlich zwei gegen einen. Die Grü-

nen haben sich trotzdem durchgesetzt. Haben SPD und SSW schlecht verhandelt?

Nein. Wir haben realistisch aufgeschrieben, was in dieser Legislaturperiode in Beton gegossen werden kann. Es wird echte Straße gebaut – Wachtelkönig hin, Wachtelkönig her. Da streite ich mich jetzt doch nicht mit den Grünen, wie sie die Elbqueunger finden. Ich will da hin. Bis wir aber so weit sind, wird noch viel Zeit vergehen. Jetzt wird das gemacht, was jetzt gemacht werden muss.

Die Landesförderung für eine Stadt-Regional-Bahn im Raum Kiel soll von 15 auf bis zu 25 Prozent aufgestockt werden. Glauben Sie, dass das angesichts des Widerstands aus den Kieler Nachbarkreisen reicht, um das Projekt in dieser Wahlperiode auf den Weg zu bringen?

Alle überprüfbaren Beispiele in Europa zeigen, dass solche Projekte Wirtschaftswachstum fördern. Das tun sie in Brest, Saarbrücken, Bielefeld oder Kassel. Wir reden hier von Investitionen in einer Größenordnung von 300 Millionen Euro. Das verlangt eine Kraftanstrengung aller. In einer Stadt wie Kiel, in der die beiden größten nationalen Lok-Hersteller ansässig sind, kann man erwarten, dass sich die Wirtschaft dieses Themas mit größerer Begeisterung annimmt als bisher. Das ist kein rot-grünes Wohlfühlprojekt, sondern einer der wichtigsten Wachstumshebel für die Region. Aber es funktioniert natürlich nur, wenn alle Kreise und kreisfreien Städte mit dabei sind.

Steht die Verbesserung der S-Bahn-Verbindungen in der Metropolregion – die ebenfalls im Koalitionsvertrag versprochen ist – finanziell in Konkurrenz zur Stadt-Regional-Bahn?

Das ist wie immer im Leben: Der Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Das Hamburger Umland hat schon stärker verstanden, dass Straßen allein nicht ausreichen. Es könnte passieren, dass die Metropolregion schon sehr bald wesentlich mehr Gas gibt. Unter diesen Vorzeichen könnte die Kieler Region ins Hintertreffen geraten, wenn sie sich nicht zusammenfindet. Haushalte sind endlich, und die Mittel werden nicht bis in alle Ewigkeit reserviert. Ich würde das Angebot jetzt annehmen. Wir haben schon viel Zeit verloren durch eine Landesregierung, die die Stadt-Regional-Bahn als Bimmelbahn-Projekt diffamiert hat.

Sie haben den Kommunen versprochen, ihnen die 120 Millionen Euro im Jahr schrittweise zurückzugeben, um vor allem den Krippenausbau voranzu-

„Mir ist sehr bewusst, was ein Feuerwehrmann verdient“

treiben. Bisher sind nur 80 Millionen finanziert. Was ist mit dem Rest?

Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, dieses erste Signal zu setzen. Wir werden die Kommunen bei den Krippenplätzen nicht allein lassen. Die restlichen 40 Millionen müssen und werden wir im Laufe der Legislaturperiode erarbeiten. Wir werden mit den Kommunen eine Vereinbarung treffen, in der klar geregelt ist, was beide Seiten zur Erfüllung des Rechtsanspruchs der Eltern auf einen Krippenplatz beizutragen ha-

ben. Ich räume ein, dass die 80 Millionen Euro gerade einmal dazu reichen, um einen Versorgungsgrad von 35 Prozent zu sichern. Gerade in den Städten und im Hamburger Umland wird der tatsächliche Bedarf bei rund 60 Prozent liegen. Dafür bräuchten wir die doppelte Summe. Da wartet noch viel Arbeit auf uns.

Sie hatten im Wahlkampf angekündigt, bei sich selbst den Gürtel enger zu schnallen. Halten Sie das Versprechen?

Ja, wir senken für die Minister die Bezüge ab, kürzen die steuerfreie Aufwandsentschädigung auf null und werden – sobald es möglich ist – etwas kleinere und deutlich umweltfreundlichere Dienstwagen für die Minister und Staatssekretäre anschaffen. Und ich brauche keine so üppige zusätzliche Altersversorgung, die mir zustehen würde, weil ich gleichzeitig Abgeordneter bin. Insgesamt kürzen wir die Ministergehälter – je nach persönlicher Situation – um sechs bis 13 Prozent. Ich bekomme künftig gut 2000 Euro weniger. Dann gehört Schleswig-Holstein zu den Ländern, in denen das Kabinett am wenigsten Geld erhält. Aber das ist kein Grund zum Jammern. Selbst nach diesen Kürzungen bekommen meine Minister brutto circa 11 000 Euro, ich selbst über 13 000.

Was bringt das für den Haushalt?

Das sind Einsparungen von rund 75 000 Euro im Jahr. Das rettet sicher nicht den Haushalt. Trotzdem müssen auch die Mitglieder der Landesregierung ihren Sparbeitrag leisten. Denn mir ist sehr wohl bewusst, was eine Kindergärtnerin oder ein Feuerwehrmann verdient und was wir diesen Frauen und Männern abverlangen.